

Ressort: Politik

Bericht: Bund indirekt an Atomkraftwerken in Belgien beteiligt

Berlin, 30.06.2017, 18:00 Uhr

GDN - Der Bund ist laut eines Berichts indirekt an jener Firma beteiligt, die in Belgien die umstrittenen Atomkraftwerke Tihange und Doel betreibt. Der Versorgungsfonds für die Beamten und die entsprechenden Versorgungsrücklagen halten Anteile am französischen Energiekonzern Engie, die mehr als sechs Millionen Euro wert sind, schreibt der "Spiegel" in seiner am Samstag erscheinenden Ausgabe.

Die AKW gelten als unsicher, weil die Reaktoren Risse haben. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) setzt sich für deren Abschaltung ein. Im Grenzgebiet um Aachen hatten am vergangenen Wochenende rund 50.000 Menschen mit einer Menschenkette gegen die Kraftwerke protestiert. "Wer am Betrieb von Schrottreaktoren verdient, ist auch mitverantwortlich für das Risiko, dem eine ganze Region durch die Reaktoren ausgesetzt wird", kritisiert der Grünenabgeordnete Oliver Krischer und erinnert die Bundesregierung daran, dass das Land Nordrhein-Westfalen unlängst seine Beteiligungen an dem Konzern verkauft hat.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-91438/bericht-bund-indirekt-an-atomkraftwerken-in-belgien-beteiligt.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com